



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

10. Jahrgang, Nummer 06 / 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem BBU-Newsletter wird wieder umfangreich über offensichtliche und versteckte Umweltgefahren informiert. Da das Engagement des BBU leider auch mit Kosten verbunden ist, bitten wir um besondere Berücksichtigung des folgenden BBU-Spendenaufrufs.

Die Diskussion um die Überwachung im Internet ebbt nicht ab und sollte auch seitens der Umweltbewegung verstärkt aufgegriffen werden. Zur Information hier eine Pressemitteilung der Humanistischen Union vom 19.06.2013:
http://www.humanistische-union.de/nc/aktuelles/aktuelles_detail/back/aktuelles/article/humanistische-union-fordert-ende-der-anlasslosen-ueberwachung-deutscher-buergerinnen-und-buerger-dur/

Die BBU-Geschäftsstelle, der BBU-Vorstand und die BBU-Newsletterredaktion wünschen Euch einen engagierten Sommer. Passende „Ausflugstipps“ und „alternative Campingplätze“ findet Ihr hier:
<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Fracking verbieten – der Protest geht weiter! SPENDENAUFRAF

Liebe Freundinnen und Freunde,

erfolgreich haben wir zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern Minister Altmaier und Minister Rösler bei Fracking den Schneid abgekauft. Bis zur Bundestagswahl gibt es keinen neuen Gesetzentwurf zur Erlaubnis von Fracking!

Aber schon jetzt bereiten sich die Energiekonzerne auf die Zeit danach vor. Auch auf der Ebene der Bundesländer werden Genehmigungen für Fracking vorbereitet. Wir befürchten, dass nach der Bundestagswahl die gesetzlichen Grundlagen für Fracking schnell geschaffen werden sollen.

Das wollen wir verhindern! Dazu benötigen wir Ihre Unterstützung!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) will den bisher erfolgreichen Protest gegen Fracking weiter führen, um die Pläne der Bundesregierung und der Industrie zu verhindern:



- Zu den neuen Gesetzentwürfen die Fachstellungnahmen zusammen mit den Bürgerinitiativen verfassen.
- Die Gutachten der Industrie und staatlicher Stellen analysieren und kritisch kommentieren.
- Zu wichtigen Ereignissen zeitnah kompetente Presseerklärungen verfassen.
- Anfragende BürgerInnen in ihrem Widerstand gegen Fracking unterstützen.
- Vorträge zu den Gefahren von Fracking halten.
- Unterschriftenlisten gegen Fracking zum Download bereit stellen.

Für diese Arbeit brauchen wir Ihre Spende. Nur mit Ihrer Hilfe können wir den Protest gegen Fracking erfolgreich weiter führen.

Bitte unterstützen Sie die konsequente Arbeit des BBU gegen Fracking mit Ihrer Spende!

BBU – Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, BLZ 370 501 98, Konto: 19 002 666.

Online: https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578

Schon jetzt vielen Dank für Ihre Hilfe!

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kalusch, Schatzmeister des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

BBU fordert: KAS-Leitfaden zur Einstufung von Abfällen gemäß der Störfall-Verordnung jetzt umsetzen

Auf seiner Sitzung am 15./16.6.2013 in Witten hat sich der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit der Umsetzung des Leitfadens KAS-25 der Kommission für Anlagensicherheit beschäftigt. Dieser Leitfaden hat die Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung zum Inhalt und legt Kriterien fest, um zu entscheiden, ob Abfallanlagen unter den Geltungsbereich der Störfall-Verordnung fallen. Der BBU-Vorstand kritisiert die Widerstände von Teilen der Industrie und von Behörden verschiedener Bundesländer, den im November 2012 veröffentlichten Leitfaden in der Praxis konsequent umzusetzen. Der BBU-Vorstand fordert daher eine verbindliche Anwendung des Leitfadens durch die Vollzugsbehörden der Länder mittels Erlass des jeweiligen Landes-Umweltministeriums. Nur so kann die aufgrund der Störfall-Verordnung und der europäischen Seveso-II-Richtlinie zwingend festgelegte Anwendung des Störfallrechts auf Anlagen mit größeren Mengen gefährlicher Abfälle gewährleistet werden.

Dr. Peter Schott vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es kann nicht die Aufgabe staatlicher Stellen sein, Industrieinteressen nachzugeben und die Durchsetzung störfallrechtlicher Pflichten bei Abfallagern oder Abfallbehandlungsanlagen zu unterlaufen. Damit wird die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt aufs Spiel gesetzt. Statt das über zehn Jahre andauernde Vollzugsdefizit fortzusetzen, ist eine konsequente und ausnahmslose Anwendung des Leitfadens KAS-25 geboten. Hier müssen die Umweltminister der Länder tätig werden. Sie sind aufgefordert, den Leitfaden per Erlass im jeweiligen Bundesland für verbindlich zu erklären.“

Der BBU fordert von den Bundesländern weitere Schritte zur Umsetzung des Störfallrechts im Abfallbereich. Hierzu erläutert Dr. Peter Schott: „Es ist anhand des Leitfadens zügig zu ermitteln, welche konkreten Anlagen in den einzelnen Bundesländern aufgrund vorhandener oder möglicher Abfälle dem Störfallrecht unterliegen. Für diese Anlagen ist die Erfüllung störfallrechtlicher Pflichten sicher zu stellen. Sollte dies die Kapazitäten der dafür zuständigen Behörden überfordern, sind staatliche Sonderprogramme durchzuführen, um die untragbare Situation schnellstens zu beheben.“
Pressemitteilung des BBU vom 17.06.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/17.06.13.html>.

Protest gegen Giftmüllschredderei in Tiefenbach

(UB) Am 13. Juni hat die Interessengemeinschaft für Tiefenbach (IG Tiefenbach) vor dem Regierungspräsidium (RP) Gießen demonstriert. Kernforderungen der Demonstration lauteten:

- Für eine fachgerechte und unschädliche Entgiftung des Woolrec-Geländes
- Gegen eine vom RP Gießen abgenickte Giftmüll-Entrümpelungsaktion nach Woolrec-Vorstellungen ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt
- Nie wieder Giftmüllschredderei in Tiefenbach!

Zum Hintergrund: „Im Braunfelser Ortsteil Tiefenbach schreddert die Firma Woolrec seit 10 Jahren – in einem kleinen Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern - Sondermüll, nämlich künstliche Mineralfaserabfälle und weitere Abfälle, meist aus Abbruch oder Rückbau, auch aus dem Ausland.(1) Alte künstliche Mineralfasern, die vor 1996 hergestellt wurden, werden als krebserzeugend eingestuft.

In der Woolrec-Betriebshalle fand die Staatsanwaltschaft Limburg Dioxine, dioxinähnliche PCB und giftige Schwermetalle. Die Tiefenbacher Bürger haben sich von Anfang an gegen das Schreddern von krebserzeugenden Mineralfasern und anderem Müll gewehrt, gegen Missstände im Betrieb und gegen Verstöße gegen Auflagen.

Von der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde RP Gießen fühlen wir uns mehr als im Stich gelassen.“

Im September 2012 veröffentlichte die Interessengemeinschaft auf ihrer Homepage: „Sogar RP Gießen kam jetzt zu der Erkenntnis: Woolrec hat getäuscht. - Betrieb bei Woolrec vorläufig gestoppt - Gefahr durch Krebsfaserfreisetzung durch riesiges Loch in der Hallenwand - Warum hat die Behörde 10 Tage lang nicht reagiert? - Und warum durfte dieser Betrieb 10 Jahre unbehelligt agieren?“ Anfang Februar 2013 hieß es dann seitens der IG: „Woolrec ist geschlossen. Die Genehmigung für die Giftmüllschredder-Anlage in Tiefenbach ist erloschen.“ Doch die Freude der Interessengemeinschaft wurde wieder getrübt, und so hieß es am 11. Juni: „RP Gießen erlaubt katastrophale Giftmüll-Entrümpelungsaktion: Woolrec darf den Giftmüllschredder wieder anwerfen.“ Das Engagement der Interessengemeinschaft für Tiefenbach (IG Tiefenbach) für eine gesunde Umwelt geht weiter.

Quellen und weitere Informationen: <http://www.ig-tiefenbach.de/index.html>

Atomindustrie

Wird in Gronau und Lingen möglicherweise illegal abgebautes Uran aus dem Kongo verarbeitet?

Der kongolesische Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Golden Misabiko hat die beiden deutschen Uranfabriken im emsländischen Lingen (Niedersachsen) und im westfälischen Gronau (NRW) in Augenschein genommen. Dazu traf er sich an der Urananreicherungsanlage in Gronau und an der Brennelementefabrik in Lingen mit Mitgliedern örtlicher Umweltorganisationen. Golden Misabiko hat an der Entstehung des Films "Atomic Africa" mitgewirkt, der kürzlich vom WDR ausgestrahlt wurde. Der afrikanische Umweltschützer ist derzeit Gast bei verschiedenen Organisationen. In den

letzten Tagen berichtete er u. a. in Osnabrück und Münster über die Gefahren des Uranbergbaus, die Ortstermine in Lingen und Gronau ergaben sich dabei fast zwangsläufig.

Die Zustände beim weltweiten Uranbergbau werden immer schlimmer. Wertvolles Trinkwasser wird zum Auswaschen des Urans benutzt, radioaktive Giftschlämme und Stäube des Uranbergbaus gefährden Mensch und Umwelt. Afrikanische Nichtregierungs-Organisationen, die sich gegen diese Zustände zur Wehr setzen, werden bedrängt. Golden Misabiko wurde in seinem Heimatland wegen seinen Dokumentationen verhaftet und kam erst durch massive Interventionen von Menschenrechtsorganisationen und von Hillary Clinton aus dem Gefängnis frei. Atomenergie wird in der Bundesrepublik als angeblich "saubere" Energie dargestellt. Golden Misabiko dagegen informiert darüber, dass der Uranbergbau, und damit auch die Nutzung der Atomenergie, ein dreckiges Geschäft ist.

Über den Uranbergbau im Kongo gibt es nur eingeschränkte Informationen. Bekannt ist, dass die USA das Uran für die Atombomben, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, aus dem Kongo stammte. Offiziell ist derzeit der Uranbergbau im Kongo verboten, dennoch wird weiterhin im Kongo Uran in verschiedenen Erzverbindungen gefördert und exportiert. Die Ärzteorganisation IPPNW kritisiert: "Die deutsche Bundesregierung und die EURATOM Supply Agency verschleiern die Herkunft des Urans, das für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke genutzt wird." (<http://www.ippnw.de/atomwaffen/gesundheitsliche-folgen/uran/artikel/2bbe23acc8/deutschland-verschleiert-uranherkunft.html>).

An der Gronauer Urananreicherungsanlage zeigte sich Golden Misabiko darüber geschockt, das in der Anlage erhebliche Uranmengen aus verschiedenen Ländern verarbeitet werden, obwohl auch hierzulande die Umweltschäden des Uranabbaus aus dem Wismut-Uran-Bergbau bekannt sind und die Bundesrepublik sich angeblich im "Atomausstieg" befindet. In Gronau wird derzeit pro Jahr das Uran für den Betrieb von etwa 35 Atomkraftwerken angereichert und größtenteils ins Ausland exportiert.

Bei dem Pressetermin an der Gronauer Urananreicherungsanlage stand die Frage im Raum: Wird möglicherweise auch in Gronau Uran aus dem Kongo angereichert und später (bzw. nur) in Lingen zu nuklearen Brennstoffen weiter verarbeitet? Golden Misabiko wird mit Anti-Atomkraft-Initiativen in NRW und Niedersachsen weiterhin im Kontakt bleiben, um gemeinsam eine Antwort auf diese Frage zu finden. Zudem bestand Einigkeit darüber, dass auch die Uranfabriken in der Bundesrepublik Deutschland sofort gestoppt werden müssen, um damit auch den Uranabbau, egal in welchem Land, einzudämmen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 14.06.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/14.06.13.html>.



Reedereien sollen zum Schutz der Passagiere keine Nuklearfrachten transportieren

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert mit größtem Nachdruck von den Reedereien, dass sie auf Atomtransporte verzichten und nicht gleichzeitig Passagiere und Atommüll, Uran und andere nukleare Frachten transportieren sollen. Grundlegend fordert der BBU aus Sicherheitsgründen generell das Verbot aller Atomtransporte, sowohl mit Schiffen als auch an Land. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU bezeichnet es "als unerträglich, dass ständig hochgefährliche und geheime Atomtransporte stattfinden, damit der Betrieb ebenfalls hochgefährlicher Atomkraftwerke und Uranfabriken fortgesetzt werden kann!" Zum Schutz der Bevölkerung in Hafenstädten, aber auch entlang der Bahnstrecken und Fernstraßen, fordert der BBU von der Bundesregierung und den zuständigen Landesregierungen das Verbot der Atomtransporte. "Das hätte dann auch das von der Bevölkerung gewünschte Ende der weiteren Atommüllproduktion in Uranfabriken und Atomkraftwerken zur Folge", so Buchholz.

Der Norddeutsche Rundfunk hat gestern eindrucksvoll in einem Fernsehbeitrag über die gemeinsame Beförderung von Atommüll und Passagieren auf Fähren berichtet. Reisenden ist bei derartigen "Mischtransporten" nicht bekannt, welche Nuklearmaterialien sich mitunter an Bord befinden.

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_3/atomtransport143.html

Der Brand des Frachters "Atlantic Cartier" am 1. Mai im Hamburger Hafen hat verdeutlicht, dass die Gefahr einer Atomkatastrophe nicht nur im Nahbereich von Atomkraftwerken und Atomanlagen droht, sondern auch weitab an allen Stationen der Atomtransporte. Erst nach dem Brand des Frachters "Atlantic Cartier" wurde offiziell bekannt, dass an Bord des Schiffes Nuklearmaterial geladen war. Auch das hochgefährliche Uranhexafluorid war an Bord, das in keinem Fall mit Wasser in Verbindungen kommen darf, da sich sonst Flußsäure bildet. Alternative Löschmittel standen der Hamburger Feuerwehr nicht ausreichend zur Verfügung.

Der BBU ruft die Bevölkerung dazu auf, Informationen über den gemeinsamen Transport von radioaktiven Materialien und Menschen auf Schiffen öffentlich zu machen. "Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände sind dankbar für derartige Hinweise," erklärt Udo Buchholz. In dem Internetportal www.urantransport.de/uran.html können Beobachtungen eingetragen werden. Hinweise auf Atomtransporte mit Schiffen, Zügen oder LKW können aber auch telefonisch der BBU-Geschäftsstelle (0228-214032) und dem Arbeitskreis Energie des BBU (02562-23125) mitgeteilt werden. Weitere Informationen: www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.nadir.org/nadir/initiativ/sand, www.umweltfairaendern.de. BBU-Pressemitteilung vom 19.06.2013:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/19.06.13.html>.

Nach neuem OVG-Urteil zu Flugzeugabstürzen auf Atomanlagen

Das weitreichende Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig, mit dem die Lagerung von Atommüll im Zwischenlager Brunsbüttel für rechtswidrig erklärt wurde, hat auch Konsequenzen für die Atomanlagen in NRW. Das OVG hatte gestern die Betriebsgenehmigung des Zwischenlagers Brunsbüttel kassiert, weil die Auswirkungen von möglichen Airbus-Abstürzen und Terroranschlägen vom Bundesamt für Strahlenschutz nicht ausreichend geprüft worden sind.

Sowohl die Urananreicherungsanlage Gronau, wie auch das Zwischenlager Ahaus und die Atommüllkonditionierungsanlage Duisburg sind nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt. „Deshalb fordern der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Anti-Atomkraft-Initiativen von der Bundesregierung und der NRW-Landesregierung, umgehend Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen und diese Atomanlagen stillzulegen, bzw. zu schließen“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Die Anti-Atomkraft-Initiativen und der BBU sehen sich in ihrer Kritik durch den gestrigen (19. Juni 2013) Auftritt von Vertretern des Bundesumweltministeriums sowie des NRW-Wirtschaftsministeriums vor dem Gronauer Stadtrat bestätigt. Dr. Götz vom Bundesumweltministerium erklärte auf Nachfrage ausdrücklich: „Die Urananreicherungsanlage Gronau ist nicht gegen Flugzeugabstürze ausgelegt.“ In Gronau dürfen bis zu 50 000 Tonnen Uranhexafluorid unter freiem Himmel lagern und ab 2014 sollen zusätzlich bis zu 60 000 Tonnen Uranoxid in einer unverbunkerten Lagerhalle laut Bundesregierung „zeitlich unbegrenzt“ eingelagert werden.

Der Geschäftsführer der Urenco Deutschland, Dr. Ohnemus, erklärte auf Nachfragen aus den Reihen der Ratsmitglieder nebulös: „Wir haben Maßnahmen getroffen, die die Anfliegerbarkeit der Urananreicherungsanlage deutlich erschweren.“ Dr. Bolle vom NRW-Wirtschaftsministerium ergänzte unter Bezug auf den möglichen neuen Flugbetrieb am benachbarten niederländischen Flughafen Twente bei Enschede: „Wenn der Flughafen Twente in Betrieb geht, müssen wir uns das Thema Flugzeugabstürze und Flugrouten neu angucken. Im Genehmigungsverfahren zur Urananreicherungsanlage wurde nie gesagt, dass ein Flugzeugabsturz nie passieren kann.“

Die Anti-Atomkraft-Initiativen setzen ihre Proteste unvermindert fort: Vom 19.-27. Juli ist in Metelen bei Gronau ein großes Sommercamp geplant, um gegen die Urananreicherung in Gronau, die Atommülllagerung in Ahaus sowie die Brennelementefertigung und das Atomkraftwerk (AKW) in Lingen zu protestieren. Zu dem Camp werden TeilnehmerInnen aus der Region und aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Informationen:

www.antiatomcamp.nirgendwo.info.

Aus Platzgründen leicht gekürzte Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 20.06.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/20.06.13.html>.

Gorleben-Debatte nur vertagt

Der Bundestag verabschiedet heute das Endlagersuchgesetz mit den Stimmen der Regierungsmehrheit, der Grünen und der SPD. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) unterstreicht, dass dieser Parteienkonsens nicht identisch mit einem gesellschaftlichen Konsens ist. „Das Verfahren wurde im Affentempo durch alle Instanzen gepuscht, um ein großes Streitthema zwischen den Parteien aus dem Wege zu räumen und damit nach den Bundestagswahlen neue Koalitionsoptionen zu eröffnen, eine sachliche und umfassende gesellschaftliche Debatte des Atommüllproblems hat es nicht gegeben, auch wenn die Parteien sich das schön reden“, kritisiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Allein das Statement, dass es Atommüllexporte mit dem Zweck der Endlagerung untersagt werden, sei ein Positivum.

„Der Kampf um Gorleben geht also in die nächste Runde“, so Ehmke. Das Endlagersuchgesetz vertage die Entscheidung für oder gegen Gorleben vorerst für die Dauer der Kommissionsarbeit um zwei Jahre. Offen und versteckt werde nun jedes Sicherheitskriterium in der Arbeit der Bund-Länder-Kommission auf die Frage hin abgeklopft, ob Gorleben als Endlagerstandort im Spiel bleibt. „Von der Bundesregierung war nicht zu erwarten, dass sie von Gorleben abrückt. Den Grünen und der SPD müssen wir vorwerfen, dass aus der Absichtserklärung, dass Gorleben aufgegeben werden müsse, weil der Standort politisch und geologisch verbrannt ist, nur noch bleibt, dass die Fixierung auf diesen Standort durch eine vergleichende Endlagersuche aufgegeben wird“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Hinter dieser Wortakrobatik steht das Eingeständnis, dass Gorleben weiter im Spiel bleibt, die Gorleben-Debatte wird nur vertagt“. Gorleben behalte auch einen Vorsprung: Entgegen der Zusicherung, dass die Daten der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben gelöscht werden, findet sich im Gesetzestext auch die Passage: „Bei Bedarf kann jedoch auf die Dokumentation der bisherigen Erkundungsergebnisse zurückgegriffen werden.“

Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 28.06.2013:

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/gorleben-debatte-nur-vertagt>.

Für den 24. und 25. August wird an den Atomanlagen in Gorleben ein Widerstandsmarathon durchgeführt.

Mehr dazu unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/aktion-24-25-08>.

Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

(Mindestens) drei Anti-Atomkraft-Demonstrationen am 14. September

(UB) Am 14. September finden in Frankreich und in der Bundesrepublik mindestens drei Anti-Atomkraft-Demonstrationen statt. Eine in Duisburg (NRW), eine in Braunschweig (Niedersachsen) und eine in Cattenom (Frankreich). Bitte versucht die Demonstrationen bestmöglich zu bewerben und zu unterstützen. Weitere Informationen unter:

Duisburg: http://www.antiatom-buendnis-niederrhein.de/?page_id=99

Braunschweig: <https://www.biss-braunschweig.de/>

Cattenom: <http://www.cattenom-non-merci.de/65.html>

CCS

EU lässt sich über CCS einseitig informieren

(UB) Bürgerinitiativen gegen CO₂-Verpressung aus Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben am 25.06.2013 in einem offenen Brief an den Präsidenten des EU-Parlaments geschickt. Darin heißt es: „Ebenso wenig wie bei Fracking, Ölsanden, Tiefseebohrungen in der Arktis, Verhinderung verbrauchsarmer Kraftfahrzeuge etc. geht es auch bei CCS um Klimaschutz. Es geht darum, die mit den EE verbundene Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft zu verhindern – und als Sahnehäubchen obendrauf zusätzlich zur Stromerzeugung auch noch an der „Entsorgung“ des CO₂ zu profitieren.“ Den vollständigen Text findet man im Internet unter

<http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/presse/Schreiben-an-Praesident-EU-Parlament-Schulz.pdf>.



Chemikalienschädigungen

Krank durch Schadstoffe

Anlässlich des 15jährigen Bestehens der „Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet“ fand am 22. Juni 2013 eine Jubiläumsveranstaltung in Frankfurt/Main statt, verbunden mit dem 15. Frankfurter Kolloquium zum Gedenken an Johann J. Fonfara, der am 21. Mai 2012 nach kurzer und schwerer Krankheit verstarb.

Michael Ebel hielt die Festansprache und zeigte die Aktivitäten der Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet auf. Von der Gründung im Mai 1998 bis heute war sie für viele chemikalienbedingt Erkrankte beratend tätig. Sie wirkte mehrfach über Printmedien und Fernsehberichte zu den Themen Schadstoffe und deren gesundheitliche Auswirkungen in die Öffentlichkeit hinein. In seiner Ansprache würdigte Michael Ebel die Leistungen der Leiterin der SHG, Cornelia van Rinsum, die sich - zusätzlich zur Arbeit in der SHG- auch seit 10 Jahren als Vorstandsmitglied bei der Interdisziplinären Gesellschaft für Umweltmedizin (IGUMED e.V.) und beim Verband arbeits- und berufsbedingt Erkrankter (abeKra e. V.) als Vertrauensperson einbrachte.

Dagmar von Lojewski-Paschke verlas die Gratulationswünsche des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e. V.). Der Verband forderte die Politik in seinem Grußwort dazu auf, schadstoffinduzierten Krankheiten stärker als bisher entgegenzusteuern und dem Umwelt- und Gesundheitsschutz den höchsten Stellenwert einzuräumen. In seiner Grußbotschaft wurde auch an das Wirken Johann J. Fonfara's erinnert, der bis zu seinem allzu frühen Tod seine Kraft und Energie in die Arbeit für den Umwelt- und Gesundheitsschutz eingebracht hat.

Dr. med. Margareta Griesz-Brisson, Neurologin aus Müllheim, referierte zum Thema „Die Auswirkung elektromagnetischer Felder durch Mobilfunk auf das kardio-vaskuläre System und auf das Nervensystem“. Paul Layher, Baubiologe und Bausachverständiger aus Backnang, machte mit seinem Vortrag auf „Elektrosmog im häuslichen Umfeld“ aufmerksam. Herr Layher zeigte auch die verdeckten Quellen auf, die für den häuslichen Elektrosmog maßgeblich sein können. Er riet zu einer expositionsfreien, baubiologischen Wohnung, die durch fachliche Beratung erreicht werden könne. Er riet zum Verzicht auf ein tragbares DECT-Telefon, empfahl Netzfreeschaltung im Schlafzimmer und abgeschirmte Kabel am PC-Arbeitsplatz, um den Elektrosmog zu minimieren.

In ihrem Vortrag zu hormonell wirksamen Substanzen in der Frauenheilkunde, legte Prof. Dr. med. Ingrid Gerhard, Gynäkologin aus Heidelberg, Beispiele für gesundheitliche Auswirkungen hormoneller Alltagssubstanzen dar.

Sie berichtete darüber, wie es dazu kommen kann, dass sich die Anzahl der männlichen Spermien durch Umweltschadstoffe immer stärker verringert, während sich die hormonell wirksamen Stoffe bei Frauen bis zur völligen Unfruchtbarkeit auswirken können.

Mit dem interessanten Schlussreferat zum Thema "Oxidativer Stress - Genetik" von Herrn Dr. rer. nat. Eckart Schnakenberg aus Langenhagen endete das Programm. Er berichtete über das Zusammenspiel von genetisch bedingter enzymatischer Ausstattung und damit zusammenhängender Verstoffwechselfähigkeit von Schadstoffen einerseits, sowie darüber, wie genetisch bedingte enzymatische Ausstattung medikamentöse Wirkungen oder Nicht-Wirkungen bedingen können.

Die Veranstaltung verlief in sehr harmonischer Atmosphäre. Das Publikum war interessiert und aufmerksam bis zum Schluss.

Herzlichen Dank an die AOK-Gesundheitskasse Hessen für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Durchführung dieser Tagung nicht möglich gewesen wäre!

SHG für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet,

Cornelia van Rinsum, Berliner Str. 2, 63150 Heusenstamm, Tel.: 06104-65231, Fax: 06104-101195, mail: cornelia.van.rinsum@t-online.de

(Aus Platzgründen musste der interessante Bericht leider gekürzt werden. Interessierte, die den ganzen Text lesen möchten, wenden sich bitte an die SHG).

Fracking

Bundesweiter Aktionstag gegen Fracking am 31. August 2013

(UB) Bundesweit regt sich der Protest gegen Fracking. Und am 31. August soll mit bundesweit koordinierten Aktionen gegen die drohenden Gefahren, die vom Fracking ausgehen, demonstriert werden. Mehr dazu unter

<http://www.gegen-gasbohren.de/nachrichten-informationen-und-filme/veranstaltungen-und-termine/>.

Industriepolitik

Kein Containerterminal im Rheinbogen / Benrath / Itter / Himmelgeist

Der Hafen im Süden Düsseldorfs soll nach den Plänen des „Industriekreis Düsseldorf“ zum modernsten

Containerhafen Westeuropas, zum Drehkreuz des Containerumschlags von den Weltmeeren nach Süd- und Osteuropa, ausgebaut werden.

Auf zunächst 56 ha Hafengebiet (in der Grafik unten: "jetzige Planung" genannt) sollen großdimensional betonierte Flächen für hochgestapelte Container geschaffen werden. Weitere mögliche Expansionsflächen könnten den neuen Containerhafen noch vergrößern.

Täglich sollen 2 gigantische Containerschiffe, bedient von rund 800 LKW, ankommen. Auf dem Rhein sollen sie, da es ein Hafenbecken hier nicht gibt, wenden und wieder abfahren. Dazu soll der Rhein tiefer ausgebaggert werden.

Himmelgeister Rheinbogen, Schloßpark Benrath, Urdenbacher Kämpe und Zonser Grind sind ein zusammenhängendes Natur- und Erholungsgebiet. Kommt es zu dem geplanten Ausbau des Hafens, kommen der Mensch, seine Familie und die Kinder mit ihren Freizeit- und Erholungsbedürfnissen nicht mehr vor. Touristen werden wegbleiben, für die Camper am Rhein wird es weniger attraktiv.

In diesem Gebiet leben und nisten solche geschützten Vögel wie Bussard, Steinkauz, Eisvogel, Wachtelkönig, Schwarzmilan, Wanderfalke, Pirol und Nachtigall. Diese so wie Storch, Kammolch, Schmetterlinge, Zwergfledermaus und seltene Pflanzen verlieren ihre Lebensgrundlage. Dort, wo die Containerschiffe wenden sollen, liegen Fischlaichgründe und Ruhezone für in Europa selten gewordene Wanderfische.

Wir wehren uns in der Bürgerinitiative Reisholzer Hafen gegen diesen Plan eines Containerterminals und die damit verbundene Umweltschädigung.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.hafenalarm.de/index.html>.

Unterschriftenaktion: <http://www.hafenalarm.de/mediapool/138/1382641/data/Unterschriftenliste.pdf>



Öko-Design-Richtlinie

BBU-Vorstandsmitglied Ulla Weiß erläutert die Umweltsicht zur europäischen Öko-Design-Richtlinie auf Einladung des Bundesfachausschusses Umwelt der FDP in Brüssel

BBU-Vorstandsmitglied Ulla Weiß reiste am Wochenende zu Gesprächen über die europäische Öko-Design-Richtlinie nach Brüssel. Umweltpolitiker der FDP wollten sich über die unterschiedlichen Sichtweisen zur Umsetzung der Öko-Design-Richtlinie informieren lassen.

Die Öko-Design-Richtlinie untersucht Produktgruppen, z. B. Haushaltsgaräte, Boiler und Heizbrenner, auf ihren Energieverbrauch. Anschließend werden in vielen Fachberatungen europaweite verbindliche Anforderungen an die Produzenten entwickelt, die zum Ziel haben, den Energieverbrauch der Produkte zu senken.

„Die letzten Umsetzungen der Öko-Design-Richtlinie für die Produktgruppen Boiler und Staubsauger sind ein großer Erfolg. Europaweit können so 110 Mio. Tonnen CO₂ bis 2020 eingespart werden. Über 1 Mrd. € Energiekosten können die Verbraucher bis 2020 so einsparen“, erläutert Ulla Weiß die erfolgreiche fünfjährige Arbeit der europäischen Kommission.

Kritisch bis ablehnend werden die Ergebnisse hingegen von den verschiedenen Vertretern deutscher Staubsaugerproduzenten gesehen. Sie bemängeln, dass die gute Saugleistung ihrer Geräte nicht genügend gegenüber der Energieeffizienz in der Gesamtbewertung nach der Öko-Design-Richtlinie berücksichtigt würde.

Ein Vertreter der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission vertritt hingegen die Position, dass alle Stakeholder in die Beratungen eingebunden waren. Das europäische Parlament habe die vorgelegten Entwürfe gebilligt. Sie seien entsprechend der europäischen Verfahren zustande gekommen. Für eine europaweit einheitliche Regelung für die Kennzeichnung der Staubsauger hätte sich zudem die Mehrheit der europäischen Staubsaugerproduzenten ausgesprochen.

„Die Öko-Design-Richtlinie ist ein sehr gutes Instrument, um die energie- und klimapolitischen Ziele der europäischen Union zu erreichen. Zudem hat sie ein hervorragendes Kosten-Leistungs-Verhältnis. Für jeden von der EU eingesetzten Euro können Energieeinsparungen in Höhe von 5.000 € bei den Verbrauchern in Europa erzielt werden. Mit einer größeren Anzahl von MitarbeiterInnen könnte die Umsetzung der Richtlinie von Seiten der Kommission weiter verbessert und beschleunigt werden“, fasst Ulla Weiß abschließend zusammen.

BBU-Pressemitteilung vom 24.06.2013.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.06.13.html>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 06 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 13.07.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.